

Forschungsinstitut
Urban Management & Governance
Tätigkeitsbericht 2015

1 Editorial

1.1 Aufgaben des Forschungsinstituts

Das Forschungsinstitut für Urban Management & Governance wurde Ende 2010 eingerichtet, um Fragestellungen des modernen Stadtmanagements sowie der Urban Governance auf interdisziplinärer – vor allem wirtschafts-, rechts- und organisationswissenschaftlicher – Basis zu untersuchen und längerfristige Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten für die städtische Entwicklung aufzuzeigen. Nach Einrichtung der notwendigen Infrastruktur an der WU wurden Projekte in unterschiedlichen Schwerpunktbereichen entwickelt. Die Forschungstätigkeit des Forschungsinstituts im Berichtsjahr 2015 soll im Folgenden dargestellt werden. Der Anspruch an eine Balance von wissenschaftlicher Forschung, anwendungsorientierter Expertise und Erkenntnis- und Erfahrungsaustausch mit EntscheidungsträgerInnen in der kommunalen Verwaltungspraxis nahm von Anfang an eine wesentliche Stellung ein. Die Aktivitäten des Forschungsinstituts wurden im Jahr 2015 weiterhin in diese Richtung verstärkt, wie der vorliegende Bericht dokumentieren soll.

1.2 MitarbeiterInnen

Das Team des Forschungsinstituts für Urban Management & Governance wird von je einer Professorin aus den Bereichen Betriebswirtschaftslehre und Öffentliches Recht geleitet.

Leitung:

- Univ.-Prof. Dr. Verena Madner
- Univ.-Prof. Dr. Renate E. Meyer

Affiliierter Professor:

- Univ.-Prof. Dr. Markus A. Höllerer

Faculty:

- Dr. Margaret Haderer
- Thomas Hofer, LL.B., BSc, LL.M.
- Birgit Hollaus, LL.M., LL.B.
- Mag. Julia Kager
- Prof. Dr. Martin Kornberger
- Mag. Stefan Mayr, LL.M.
- Katharina Prochazka, LL.M., LL.B.
- Mag. Andrea Schikowitz

Darüber hinaus war im Berichtszeitraum folgender Wissenschaftler der WU, der im Themenbereich Urban Management & Governance forscht, über Forschungsprojekte an das Institut angebunden:

- Dr. Stephan Leixnering

Wissenschaftliche studentische MitarbeiterInnen:

- Katharina Isepp, LL.B., BSc, MSc
- Simone Kretz, LL.B.
- Elisabeth Klima, LL.B.
- Theresa Obiegbu, BSc
- Mag. Barbara Türinger, BSc

Visiting Scholars:

- Dr. Stephan Bohn
- Prof. Caroline Dufour, Ph.D.
- Prof. Dr. Ulf Papenfuß

- Dr. Dawid Sześciło

Mitarbeiterinnen in der Administration:

- Mag. Gabriela Austeda
- Mag. Ute Springer
- Mag. Heike Wiesner

2 Tätigkeiten im Jahr 2015

2.1 Forschung

Die im Folgenden angeführten Forschungsaktivitäten und -ergebnisse stammen aus Urban-Management-spezifischen Projekten der MitarbeiterInnen des Forschungsinstituts bzw. zugeordneter ForscherInnen des Berichtsjahres 2015.

(Neue) Organisationsformen und ihre Governance-mechanismen

Schwerpunktprojekt: Public Corporate Governance: Öffentliche Organisationslandschaften und Steuerung autonomer Einheiten

Gebietskörperschaften erbringen wesentliche Teile ihrer Leistungen mithilfe verselbständigter Einheiten, die sich voneinander in ihrem Autonomiegrad unterscheiden: teilselbständige Einheiten innerhalb der Verwaltung, ausgegliederte Rechtsträger des öffentlichen Rechts oder des Privatrechts sowie zahlreiche gemischtwirtschaftliche Beteiligungen. Deren rechtlichen Rahmenbedingen (etwa für Haushaltsführung/Bilanzierung und Dienstrecht) und faktischen Governance-Strukturen weichen nicht unwesentlich von jenen der öffentlichen Verwaltung ab. Die Steuerung dieser

unterschiedlich ausgeformten Organisationen obliegt in der Regel den Führungskräften innerhalb der Verwaltung und muss eine ausreichende Dezentralisierung von Kompetenzen und Ressourcen bei gleichzeitiger Sicherstellung von politischer, finanzieller, rechtlicher und leistungsbezogener „Accountability“ gewährleisten. Ziel des Projektes ist es zu untersuchen, inwiefern die Governance-Konfiguration der jeweiligen Einheiten (Rechtsform, Autonomiegrad, Steuerungsform etc.) der Balance zwischen Effektivität, Effizienz, Qualität und der politischen Verantwortung, die Erbringung einer Vielzahl von Leistungen für die BürgerInnen sicherzustellen, gerecht wird und in welchen Bereichen Verbesserungspotential besteht. Das Teilprojekt „Serendipity of Fragmentation“ untersucht dabei, auf welche Weise öffentliche Aufgaben von Gebietskörperschaften innerhalb von und über Organisationsgrenzen hinweg organisiert werden. Der Fokus liegt dabei auf jenen integrativen Mechanismen, die autonome Organisationen und Einheiten innerhalb öffentlicher Organisationslandschaften einbetten und für deren gesamthafte Kohärenz Rechnung tragen. Dabei stellt sich heraus, dass die vielfach beklagte Fragmentierung solcher Organisationslandschaften ein unerwartet facettenreiches Phänomen darstellt und als ein grundlegendes Prinzip von deren Gesamtordnung verstanden werden kann.

Im Berichtsjahr wurden die Ergebnisse des Teilprojektes auf unterschiedlichen internationalen Foren präsentiert und zur Publikation

aufbereitet.

Public-Corporate-Governance-Kodizes

Public-Corporate-Governance-Kodizes stellen ein mögliches Instrument dar um öffentliche Beteiligungsunternehmen über das Prinzip der freiwilligen Selbstverpflichtung zu steuern. Angelehnt an Corporate-Governance-Kodizes für börsennotierte Unternehmen, wie sie in Österreich und Deutschland seit zehn Jahren bestehen, beschließen auch Gebietskörperschaften vermehrt solche Kodizes; in Österreich zuletzt das Land Salzburg und der Bund. Besonders im Bereich der deutschen Kommunen ist in den vergangenen Jahren ein Ansteigen verabschiedeter Kodizes zu verzeichnen. Das Projekt hat einerseits zum Ziel, den aktuellen Umsetzungsstand von solchen Kodizes zu erheben; andererseits sollen vorhandene Kodizes vergleichend untersucht werden, um typische Elemente gleichermaßen wie individuelle Regelungsgegenstände zu identifizieren. Weiter soll die Frage behandelt werden, inwiefern das Instrument Kodex sektorenübergreifend auch im öffentlichen Bereich wirksam eingesetzt werden kann.

2015 wurde das Projekt abgeschlossen und die Diffusion der Projektergebnisse fortgesetzt. Die Zusammenarbeit zum Thema mit Prof. Dr. Ulf Papenfuß, der im Berichtsjahr zu einem Forschungsaufenthalt an der WU verbrachte, wurde weiter ausgebaut, u.a. im Rahmen eines gemeinsamen Jean-Monnet-Seminars an der Universität Leipzig.

Public Interest-Oriented: Neue Organisationsformen

Organisationen, deren Aktivitäten sich am Gemeinwohl orientieren, sind nicht auf den öffentlichen, aber auch nicht auf den sogenannten „dritten“ Sektor beschränkt. Gerade im angelsächsischen Raum etablieren sich aktuell neue Organisationsformen von Kapitalgesellschaften (z.B. die „B-Corp“ in den USA), deren Erfolg sich nicht ausschließlich an Rendite- oder Wertzuwacherwartungen der Shareholder misst: Das Organisationsziel ist auch gemeinwohlorientiert, der Unternehmensgegenstand dient dem öffentlichen Interesse. Ein historischer Blick auf die Etablierung der Aktiengesellschaft als Organisationsform und Emblem des modernen Kapitalismus schlechthin zeigt, dass die Gemeinwohlorientierung dabei eine fundamentale Rolle gespielt hat, die sich insbesondere in Österreich auch bis heute in der rechtlichen Rahmenordnung ablesen lässt. Das Forschungsprojekt untersucht in Kooperation mit anderen europäischen Universitäten und österreichischen ExpertInnen die Bedeutsamkeit der Gemeinwohlorientierung in der Aktiengesellschaft und arbeitet deren Entwicklung historisch auf. Insbesondere neue gemeinwohlorientierte Kapitalgesellschaftsformen werden dazu in Beziehung gesetzt und vergleichend untersucht.

Das Projekt fokussierte im Berichtsjahr auf die Institutionalisierung der Aktiengesellschaft als Organisationsform. Diese Rechtsform enthält

dem Grunde nach ein auf Gemeinwohl ausgerichtetes Element, dessen Bedeutung sich über die Zeit mehrfach gewandelt hat. 2015 wurden in Zusammenarbeit mit em. Univ.-Prof. Dr. Peter Doralt umfangreiche organisationshistorische Recherchen angestellt sowie Interviews mit den zentralen Wissensträgern rund um die letzte große Reform des Aktienrechts in Österreich und Deutschland von 1965 geführt. Erste Ergebnisse des Projektes sollen im Folgejahr vorgestellt werden.

Aktuelle Urban-Management- und Governance-Trends

Open Government

Open Government ist ein Konzept, das aus wirtschaftlicher wie auch aus demokratiepolitischer Perspektive einen innovativen Beitrag zur modernen Stadtverwaltung leisten kann. In der Praxis sehen sich Stadtverwaltungen mit neuen Fragestellungen und Herausforderungen konfrontiert, wie etwa mit der Suche nach Governance-Mechanismen, welche die Steuerung von offenen Innovationsprozessen erlauben. Daran knüpft die grundlegende Fragestellung des Projektes an: Mittels welcher Governance-Mechanismen lassen sich Netzwerkprozesse steuern, und welche Veränderungen implizieren diese Mechanismen für Managementpraktiken und Organisationsstrukturen der Stadtverwaltung? Aufbauend auf dem Pilotprojekt „Organizing the Open“, das 2014 abgeschlossen wurde, wird diese Fragestellung im Rahmen einer internationa-

len Vergleichsstudie (Benchmarking) erörtert. Dabei werden Governance-Mechanismen in Open-Government-Prozessen in Stadtverwaltungen von Wien, Zürich, Berlin, Hamburg und München erforscht und systemisch miteinander verglichen. Die Ergebnisse des Projekts werden in einem Governance-Modell für Open Government zusammengefasst.

2015 wurde die empirische Erhebung abgeschlossen und darauf aufbauend ein Governance-Modell entwickelt. Anschließend wurde mit der Dissemination der Ergebnisse in Form von Publikationen und Vorträgen begonnen. Eine Publikation ist in einem internationalen Journal unter Begutachtung.

Sharing Economy

Verschiedene Modelle der „Sharing Economy“ – vom „Car Sharing“ über die temporäre Vermietung von Wohnungen an TouristInnen bis zum „Community Gardening“ – haben sich in den letzten Jahren etabliert. Während in den ersten Jahren des Aufkommens dieser Modelle die ökonomischen, ökologischen und sozialen Vorteile hervorgehoben wurden, werden seit kurzem auch die negativen Seiten einiger Sharing-Economy-Modelle in der Öffentlichkeit thematisiert. Da etablierte Branchen (z.B. Hotel- oder Taxigewerbe) durch die neuen Modelle unter Druck geraten und sich gegen die weitere Ausbreitung dieser neuen Modelle des Tauschens, Teilens und Leihens wehren, wird die mediale Debatte teilweise recht emo-

tional geführt. Insbesondere größere Kommunen müssen dabei Maßnahmen ergreifen, obwohl viele grundlegende Fragen zu den neuen Sharing-Economy-Modellen noch ungeklärt sind, z.B.: Welche sozialen, ökologischen und ökonomischen Wirkungen haben spezifische Modelle? Welche lokalen und kommunalen Alternativen gibt es zu weltweiten Plattformen? Welche Ansätze zur Governance passen zum jeweiligen institutionellen und kulturellen Kontext einer Kommune?

Das Forschungsinstitut war im Berichtsjahr als akademischer Kooperationspartner des deutschen Forschungsnetzwerks „i-share“ am Kick-off Workshop in Berlin beteiligt. Das „i-share“ Netzwerk hat sich zum Ziel gesetzt, die verschiedenen Geschäftsmodelle der Sharing Economy zu systematisieren und ihre soziale, ökologische und ökonomische Wirkung abzuschätzen. Das Forschungsinstitut kooperiert hier mit der Stadt Wien (MA 23) sowie mit den WU-Instituten für Organization Studies sowie Public Management und Governance.

COCOPS: Public Sector Executive Identities

Im Rahmen von COCOPS („Coordinating for Cohesion in the Public Sector of the Future“) wurde die bislang größte vergleichende Führungskräftebefragung im öffentlichen Sektor durchgeführt. Nach der Auswertung des österreichischen Teilsamples untersucht das Team des Forschungsinstitutes nun insbesondere, wie Verwaltungsreformmaßnahmen sich auf die Rollenidentitäten von Führungskräften im

öffentlichen Sektor auswirken.

2015 wurde die Auswertung und Dissemination der Ergebnisse fortgesetzt. Im Berichtsjahr erschienen sowohl der österreichische Länderbericht als auch ein Beitrag zum Buch „Public Administration Reforms in Europe: The View from the Top“ (Herausgeber: Prof. Dr. Gerhard Hammerschmid, Prof. Dr. Steven Van de Walle, Prof. Dr. Rhys Andrews und Dr. Philippe Bezes, Verlag Edward Elgar). Darüber hinaus fanden Vorträge auf wissenschaftlichen Konferenzen statt (z.B. beim EGOS-Kolloquium im Juli 2015 in Athen).

COST: Joined-up Government on the Local Level

Im Verbund mit mehreren europäischen ForscherInnen-Teams beschäftigt sich das Forschungsinstitut im Rahmen des COST-Netzwerkes („European Cooperation in Science and Technology“) mit der Frage, wie zunehmend fragmentierte Organisationsgefüge auf der kommunalen Ebene gesteuert werden können. Ausgangspunkt dafür ist das vielfach propagierte Konzept von „Joined-up Government“. Im Rahmen des Projektes werden Reformmaßnahmen vergleichend untersucht. In Reaktion auf vermehrte Hinweise auf dysfunktionale Effekte von „New Public Management“-Reformen, die v.a. eine Effizienzsteigerung durch die Übernahme von Management-Instrumenten aus dem privatwirtschaftlichen Sektor zum Ziel hatten, versuchen neuere Reformbestrebungen durch eine Betonung von Kooperation und Partizipation solchen

Effekten entgegenzuwirken. Gemeinsam mit PartnerInnen aus Deutschland, Irland, Italien, Norwegen, UK und Ungarn und bearbeitete das Forschungsinstitut die Frage, in welchen Variationen und mit welchen Effekten Reformmaßnahmen, die auf eine Rezentralisierung des öffentlichen Sektors abzielen, in den unterschiedlichen Ländern umgesetzt wurden. Im Berichtsjahr wurde eine vergleichende Untersuchung in Österreich, Deutschland, Italien, Norwegen und Ungarn begonnen und auf einer internationalen Konferenz präsentiert. Im Folgejahr sollen die Ergebnisse in einem Herausgeberband publiziert werden.

Forschungsfeld: Urbane Transformationsprozesse zur Nachhaltigkeit aus der Perspektive von Recht und Governance

SPRINKLE: Smart-City-Governanceprozesse in kleineren und mittleren Städten

In Europa ist die Smart-City-Entwicklung bisher vor allem von Großstädten getrieben. Ziel des im Rahmen des FFG-Programmes „Stadt der Zukunft“ geförderten interdisziplinären Grundlagenprojekts SPRINKLE war eine umfassende Untersuchung der Governance-Strukturen und -Prozesse für eine Smart-City-Entwicklung in kleineren und mittleren Städten (Gesamtleitung Österreichisches Institut für Raumplanung; weitere Projektpartner: TU Wien, Städtebund). Ausgehend von einer weiten Definition einer Smart City, verstanden als Stadt, die eine umfassende Entwicklung hin zu einer zukunftsfähigen, postfossilen Stadt anstrebt, wurde im vorliegenden Projekt der

Fokus auf Veränderungen mit Auswirkungen auf Energieverbrauch, Nutzung erneuerbarer Energie und CO₂-Emissionen sowie damit verbundener Lebensqualität gelegt. In Fallstudien wurden ausgewählte energiebezogene städtische Handlungsfelder aus energiebezogen-planerischer, rechtlich-institutioneller sowie aktueurInnenbezogener und prozessualer Perspektive untersucht. Im Besonderen wurden wesentliche Barrieren und Treiber für energiebezogene städtische Governance-Strukturen und -Prozesse analysiert und Handlungsempfehlungen zur Implementierung von Smart-City-Strategien in kleinen und mittleren Städten zur Verfügung gestellt. Im Berichtsjahr wurden u.a. die rechtlich-institutionellen Rahmenbedingungen, unter denen die Fallstudien-Städte agieren, einer detaillierten Analyse unterzogen. Vorläufige Ergebnisse wurden in mehreren Runden mit Stakeholdern der Partnerstädte (Round Tables) sowie im Rahmen des Städtetags diskutiert. Die Ergebnisse des Projektes wurden auf einer Abschlusskonferenz im Dezember 2015 an der WU Wien präsentiert.

PRoBateS: Potenziale im Raumordnungs- und Baurecht für energetisch nachhaltige Stadtstrukturen

Um ambitionierte Klimaschutzziele und größtmögliche Ressourcenschonung zu erreichen, stehen Städte vor der großen Herausforderung, innovative Instrumente und Maßnahmen auch im Energie- und Gebäudesektor zu

entwickeln. In zahlreichen europäischen Städten werden Raumordnung und Baurecht bereits zur Umsetzung energiepolitischer Ziele und für den Übergang zu energetisch nachhaltigen Stadtstrukturen genutzt. Die Einführung und Umsetzung von neuen Instrumenten und die Übertragbarkeit von Good Practices setzen voraus, dass der spezifische rechtlich-institutionelle Kontext hinreichend analysiert und beachtet wird. Das Potenzial energieorientierter Lösungsansätze wird aber wesentlich auch durch urbane Raumstrukturen bestimmt.

Hier setzt das vom Bund (BMVIT) geförderte FFG-Grundlagenforschungsprojekt an (Projektpartner AIT). Es verknüpft eine fundierte rechtsdogmatische Untersuchung der Potenziale und Hemmnisse im Raumordnungs- und Baurecht mit einer technisch-planerischen Betrachtung. Das Potenzial rechtlicher Maßnahmen wird auf gesamtstädtischer Ebene am Beispiel der Stadt Wien und auf Quartiersebene in Testgebieten raumstrukturell und quantitativ erfasst. Das Projekt zeigt Gestaltungsmöglichkeiten zur Weiterentwicklung des rechtlichen Instrumentariums sowie zur Umsetzung von Good Practices in Österreich und am Beispiel der Stadt Wien auf und erarbeitet konkrete Handlungsempfehlungen. Im Berichtsjahr 2015 wurde die Untersuchung des rechtlichen Rahmens abgeschlossen. Zudem fanden Workshops und Hintergrundgespräche mit Stakeholdern statt, um die Wirkungsanalyse und die Akzeptanz der rechtlichen Maßnahmen zu diskutieren. Vorläufige Forschungsergebnisse wurden im Rahmen einer

Konferenz im Dezember 2015 an der WU präsentiert.

Öffentlichkeitsbeteiligung in der Infrastrukturplanung

Große Infrastrukturprojekte werden nicht selten von Protesten der Öffentlichkeit begleitet. Die Öffentlichkeit wird jedoch (freiwillig oder verpflichtend) vielfach erst in einem relativ späten Stadium der Projektplanung bzw. überhaupt erst im Genehmigungsprozess beteiligt und damit zu einem Zeitpunkt, zu dem der Planungsprozess in vielerlei Hinsicht bereits finalisiert ist. Vor diesem Hintergrund untersuchte das Projekt als Teil einer von Univ.-Prof. Dr. Thomas Groß (Universität Osnabrück) initiierten rechtsvergleichenden Untersuchung, die rechtlichen Grundlagen und die Verwaltungspraxis betreffend, die Öffentlichkeitsbeteiligung in der Infrastrukturplanung in ausgewählten europäischen Ländern (Österreich, Deutschland, Schweiz, Frankreich, Niederlande, Schweden, Italien, Spanien, Polen, UK). Erste Ergebnisse wurden 2014 im Rahmen eines zweitägigen internationalen Workshops diskutiert. 2015 wurde das Projekt mit der Publikation der Workshop-Ergebnisse, der nationalen Länderberichte und der vergleichenden Analyse dieser Berichte abgeschlossen.

Städtebauvorhaben und Umweltprüfung

Das Projekt, das sich mit Städtebauvorhaben

im Spannungsfeld zwischen verschiedenen Umweltschutzanforderungen und Zielen der Stadtplanung auseinandersetzt, wurde 2015 fortgesetzt. Das Thema ist für Wien, als eine wachsende Stadt, von besonderer praktischer Relevanz. Im Rahmen eines laufenden Dissertationsprojekts wurde im Berichtsjahr die vertiefte rechtsdogmatische Analyse der unionsrechtlichen Vorgaben sowie der einschlägigen nationalen Umsetzung in Hinblick auf Umweltprüfungen (UVP RL und SUP RL) weitgehend abgeschlossen; der Fokus wird nun auf der Erarbeitung rechtspolitischer Handlungsvorschläge zur Weiterentwicklung der österreichischen Städtebau UVP liegen, die sowohl den städtebaulichen Zielen qualitätsvoller Stadtplanung Rechnung tragen als auch zur hohen Umwelt- und Lebensqualität der Stadt beitragen.

E-PROFIL: Quartiersprofile für optimierte energietechnische Transformationsprozesse

Im Oktober 2015 startete die Arbeit an einem neuen FFG-Projekt im Rahmen des Programms „Stadt der Zukunft“. Das Projekt soll einen Orientierungsrahmen für die Steuerung von energiebezogenen Transformationsprozessen in Stadtteilen (im Sinne eines Übergangs zu erneuerbaren bzw. effizienteren Energieversorgungs- und Energiemanagementsystemen) entwickeln. Das Projekt zielt auf eine Verknüpfung von sozioökonomischen und rechtlichen Rahmenbedingungen, um daraus Transformationspfade hin zu energie- und ressourceneffi-

zienten Stadtquartieren abzuleiten. Unter der Leitung des Fachbereichs Stadt- und Regionalforschung der TU Wien werden am Beispiel von zwei bestehenden Quartieren in der Stadt Linz planerische Ansätze für quartierspezifische Transformationsprozesse demonstriert sowie ein Umsetzungspfad im Sinne einer Roadmap erarbeitet. Die Aufgabe des Teams am Forschungsinstitut für Urban Management & Governance besteht darin, Grundlagen und Weiterentwicklungsmöglichkeiten von rechtlichen Instrumenten für eine energie- und ressourceneffiziente Stadtentwicklung in bestehenden Stadtquartieren zu untersuchen. Der Schwerpunkt der Analyse liegt, den Zielsetzungen des Projekts entsprechend, auf Ansätzen und Instrumenten zur Weiterentwicklung von bestehenden Stadtquartieren. Untersucht wird dazu eine Reihe von Rechtsmaterien in ihrem Zusammenspiel: Neben dem Bau- und Raumordnungsrecht stehen insbesondere auch das Energierecht, das Förderwesen und Querbezüge zum Wohn- und Mietrecht im Fokus. Integrierte Ansätze und Instrumente für den Übergang zu erneuerbaren und energieeffizienten Lösungen, die nicht bloß am Einzelgebäude, sondern auf Quartiersebene ansetzen, stehen vielfach noch am Beginn. Deshalb werden auch Möglichkeiten zur Weiterentwicklung des Instrumentariums beleuchtet und internationale Beispiele auf ihre Übertragbarkeit in den österreichischen Kontext hin untersucht.

Stadt 2050: Nachhaltig und gerecht?

Nachhaltigkeit im breiten Sinne gehört gegenwärtig zu den häufigsten Schlagworten in der strategischen Stadtplanung: Technologische Modernisierung in Form von Investitionen in den IKT-Bereich soll mit sozialer Sicherheit und sozialer Gerechtigkeit sowie politischer Mitbestimmung gekoppelt werden. Dabei wird häufig implizit davon ausgegangen, dass diese verschiedenen Formen der Nachhaltigkeit Hand in Hand gehen oder zumindest miteinander kompatibel sind. Das Ziel des Forschungsvorhabens ist, moderne Stadtplanung auf ihr Potenzial für Nachhaltigkeit im weiten Sinn – also für eine Stadtentwicklung, bei der soziale und politische Komponenten ebenso tragend sind wie technologische Erneuerung – zu untersuchen.

Im Berichtsjahr 2015 fokussierte eine sozialtheoretische Vorstudie auf die diesbezüglichen Zielsetzungen, welche die Stadt Wien in ihren Nachhaltigkeitsstrategien verfolgt. Erste Ergebnisse wurden auf der European Urban Research Conference diskutiert. In Kooperation mit dem WU-Institut für Gesellschaftliche Transformation und Soziale Nachhaltigkeit wurde ein weiterführender FWF-Projektantrag vorbereitet: Das geplante Grundlagenforschungsprojekt soll Urban Governance- und sozialtheoretische Perspektiven auf Nachhaltigkeiten verbinden.

Forschungsfeld: Städte im Spannungsfeld von Europäischer Integration und Globalisierung

Rechtliche Rahmenbedingungen für Dienstleistungen der Daseinsvorsorge in Österreich

Die Rolle der Kommunen als zentrale Erbringenden von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge ist wesentlich durch komplexe unionsrechtliche und welthandelsrechtliche Vorgaben mitgeprägt. Eine besondere und aktuelle Herausforderung stellen dabei EU-Handelsabkommen einer neuen Generation (wie TTIP oder CETA) dar, die neben einer Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen unter anderem Kapitel zum Beschaffungswesen, zur innerstaatlichen Regulierung und zum Investitionsschutz inklusive Investor-Staat Streitbeilegung (ISDS bzw ICS) vorsehen. Durch das Ineinandergreifen einer Vielzahl von Vertragskapiteln und -anhängen könnten diese Abkommen weitreichende Auswirkungen auf die rechtlichen Rahmenbedingungen und damit auch die politischen Handlungsspielräume zur Regulierung, Erbringung und Finanzierung von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge haben. Die Abkommen werfen daher auch die Frage auf, ob und inwiefern dadurch Freiräume zur Verwirklichung sozial-, fiskal- und wirtschaftspolitischer Ziele wieder geschlossen werden, die für den Bereich der Daseinsvorsorge von den Mitgliedstaaten gegenüber der EU in den letzten Jahren durchgesetzt bzw. vom EuGH anerkannt wurden.

Das Projekt baut auf einer im Berichtszeitraum durchgeführten Studie auf, die die rechtlichen

Rahmenbedingungen für Dienstleistungen der Daseinsvorsorge in Österreich untersuchte. Diese Studie hat eine Vielzahl an neuen Forschungsfragen aufgeworfen, die im Projekt weitergeführt und vertieft werden. Dazu zählen Grundlagenfragen, etwa zum Verhältnis zwischen den Abkommen und dem Recht der EU sowie der Mitgliedstaaten, sowie spezifische Fragestellungen, etwa im Bereich des Investitionsschutzes. 2015 wurden die Arbeiten am Projekt begonnen. Zudem entstand eine Publikation zur Kompetenzverteilung zwischen der EU und den Mitgliedstaaten im Bereich des auswärtigen Handelns.

2.2. Ausgewählte wissenschaftliche Publikationen, Konferenzbeiträge und Vorträge

Im Rahmen der Forschungstätigkeit am Institut entstanden Publikationen in fach einschlägigen Organen und Konferenzbeiträge:

Bjørnå, Hilde, Casale, Donatella, Hajnal, György, Rosta, Miklós, Schwab, Christian, Danken, Thomas, Polzer, Tobias, Leixnering, Stephan, Meyer, Renate E., Robbins, Geraldine. 2015. „Joined-up“ local governments? Restructuring and reorganizing internal management. EGPA, Toulouse, Frankreich, 24.08.-29.08.

Brandtner, Christof, Höllerer, Markus A., Meyer, Renate E., Kornberger, Martin. Erscheinend. Enacting governance through strategy: A comparative study of governance configurations in Sydney and Vienna. *Urban Studies Journal*. doi: 10.1177/0042098015624871.

Essig, Stephanie, Hamedinger, Alexander, Kintisch, Max, Kretz, Simone, Lutz, Melanie,

Madner, Verena, Mayr, Stefan, Mollay, Ursula, Prochazka, Katharina, Raho, Sebastian, Schremmer, Christof. Erscheinend. *SPRINKLE - Smart-City-Governance-Prozesse in kleinen und mittleren Städten*. Berichte aus Energie- und Umweltforschung. Wien: BMVIT, Programm Stadt der Zukunft.

Haderer, Margaret. 2015. *The Sustainable City: Analyzing its present state and envisioning its political conditions of possibility – a research agenda*. European Urban Research Conference, Sibiu, Rumänien, 19.09.

Kager, Julia. 2015. Neues zur Parteistellung in der UVP. UVP-Tag 2015, Praxis der UVP, Wien, Österreich, 11.11.2015.

Kornberger, Martin, Borch, Christian. 2015. *Urban Commons*. In: *Urban Commons*, Hrsg. Martin Kornberger, Christian Borch, S. 1-21. Abingdon, New York: Routledge.

Kornberger, Martin, Justesen, Lise, Mouristen, Jan, Koed-Madsen, Anders. 2015. *Introduction: Making Things Valuable*. In: *Making Things Valuable*, Hrsg. Martin Kornberger, Lise Justesen, Jan Mouristen, Anders Koed-Madsen, S. 1-17. Oxford: Oxford University Press.

Kornberger, Martin. 2015. *Management reloaded: Plan B*. Hamburg: Murmann Verlag.

Leixnering, Stephan, Meyer, Renate E., Schikowitz, Andrea. 2015. *Public sector reform in Austria: Views and experiences from senior executives*. COCOPS country report. Wien: WU Wien.

Leixnering, Stephan, Meyer, Renate. 2015. *The serendipity of fragmentation: Rethinking organization in public governance*. SOG, Bergen, Norwegen, 19.02.-20.02.

Leixnering, Stephan, Meyer, Renate. 2015. *The serendipity of fragmentation: Rethinking organization in public governance*. IRSPM, Birmingham, Großbritannien, 30.03.-01.04.

Leixnering, Stephan, Schikowitz, Andrea, Meyer, Renate E., Hammerschmid, Gerhard. 2015. New cuvées in old bottles: Public sector reforms and top officials blended identities. EGOS, Athen, Griechenland, 02.07.-04.07.

Leixnering, Stephan, Schikowitz, Andrea, Meyer, Renate. Erscheinend. Austria: Nothing is different, but everything's changed. In: Public Administration Reforms in Europe: The View from the Top, Hrsg. Hammerschmid, Gerhard, Van de Walle, Steven, Andrews, Rhys, Bezes, Philippe. Cheltenham: Edward Elgar Publishing.

Leixnering, Stephan. 2015. Bürgernaher aktiver Staat: Public Management und Governance. Besprechung von Bürgernaher aktiver Staat: Public Management und Governance, von Bauer, Helfried, Dearing, Elisabeth. Zeitschrift für Verwaltung 40 (3): 444-445.

Leixnering, Stephan. 2015. Public Corporate Governance aus Organisationsicht: Eine Skizze über Probleme, Fragen und Antworten. Jean Monnet Network - Services of General Interest in the EU: Governance öffentlicher Unternehmen im europäischen Mehrebenensystem, Leipzig, Deutschland, 15.07.

Leixnering, Stephan. 2015. The Austrian Way: A Brief Conversation on Public Governance, WU Wien und Universität Birmingham, Wien, Österreich, 08.04.

Madner, Verena, Kager, Julia. 2015. Public Participation in Infrastructure Planning - Austria. In: Public Participation in Infrastructure Planning, Hrsg. Groß, Thomas, 27-68. Athen: European Public Law Organisation.

Madner, Verena. 2015. Ergebnisse aus rechtlich-institutioneller Perspektive. Abschlusskonferenz Smart City Governanceprozesse in kleinen und mittleren Städten, Wien, 15.12.

Madner, Verena. 2015. Europäisches Klimaschutzrecht. Vom Zusammentreffen von „al-

ten“ und „neuen“ Instrumenten im Umweltrecht. Zeitschrift für Verwaltung (1A): 201-209.

Madner, Verena. 2015. Neue Entwicklungen im Europarecht. 20. Österreichische Umweltrechtstage, Linz, Österreich, 16.09.-17.09.

Madner, Verena. 2015. Öffentlichkeitsbeteiligung und Verwaltung: Instrumente der Öffentlichkeitsbeteiligung - Vielfalt, Funktionen, Grenzen. In: Demokratie - Zustand und Perspektiven, Hrsg. ÖJK, 227-242. Wien: Linde.

Madner, Verena. 2015. Was kommt nach der Partizipation? – Auf die Beteiligung an der Stadtplanung folgt die „Ko-Produktion“ bei der Stadtentwicklung. Städtetag 2015, Wien, 11.06.

Mayr, Stefan. 2015. „Mixed“ oder „EU-only“ - Sind die Investitionsschutzbestimmungen im CETA von der Außenhandelskompetenz der EU „gedeckt“? Europarecht (5): 575-600.

Mayr, Stefan. 2015. Die EU Vergaberichtlinien 2014 - Neues Potential für die nachhaltige Beschaffung?. Nachhaltige Beschaffung – Chancen der neuen Vergaberichtlinie für ökologische und soziale Themen, Wien, Österreich, 15.04.

Mayr, Stefan. 2015. Vergaberecht als Schlüssel zu mehr Nachhaltigkeit – Verkehrte Welt oder Paradigmenwechsel im Unionsrecht?. In: Sicherung von Stabilität und Nachhaltigkeit durch Recht, Hrsg. Breitenlechner, Josefa, et al., 63-94. Wien: Jan Sramek Verlag.

Meyer, Renate E. 2015. Challenges for Urban Management and Governance. PhD Workshop. Potsdam, Deutschland, 19.11.

Meyer, Renate E. 2015. Fragmentation and complexity: Governing organizational landscapes after the agency fever. WIPCAD Research Seminar, Potsdam, Deutschland, 18.11.2015.

Meyer, Renate E., Höllerer, Markus A., Leixnering, Stephan. 2015. A question of value(s): Political connectedness and executive compensation in public sector organizations. *International Public Management Journal*. doi: 10.1080/10967494.2015.1094162.

Meyer, Renate E., Leixnering, Stephan. 2015. Public Sector Organizations. In: Elsevier International Encyclopedia of the Social and Behavioral Sciences (Second Edition), Hrsg. Wright, James D., 597-602. Oxford: Elsevier.

Polzer, Tobias, Meyer, Renate E., Höllerer, Markus A., Seiwald, Johann. 2015. Global reform paradigms and their local translations: Sedimentation through discursive embedding. EGOS, Athen, Griechenland, 02.07.-04.07.

Prochazka, Katharina. 2015. Sonderwidmungen und Energieraumplanung. Rechtliche Aspekte der Energieraumplanung in Wien, Workshop II, Wien, Österreich, 14.12.

Prochazka, Katharina. 2015. Vertragsraumordnung und Energieraumplanung. Rechtliche Aspekte der Energieraumplanung in Wien, Workshop II, Wien, Österreich, 14.12.

Prochazka, Katharina. 2015. Vertragsraumordnung und Energieraumplanung - Verfassungsrechtliche Aspekte. Rechtliche Aspekte der Energieraumplanung in Wien, Workshop I, Wien, Österreich, 25.09.

2.3 Lehre

Im Bereich des Regelstudiums trägt das Forschungsinstitut zu besseren Spezialisierungsmöglichkeiten für Studierende im Bereich Public sowie Urban Management und Governance bei. Auf Bachelor-Ebene werden entsprechende Lehrinhalte im Rahmen der Speziellen Betriebswirtschaftslehre „Public Ma-

agement“, auf Master-Ebene im Rahmen von Electives im General Management-Master integriert und laufend weiterentwickelt. Im Rahmen von Diplom- bzw. Bachelor- und Masterarbeiten konnten Studierende kommunale Themenstellungen insbesondere zu den Themen der Forschungsschwerpunkte laufend bearbeiten. Zudem wurden auch MBA-Masterarbeiten im „Public Auditing“-Programm der Executive Academy von MitarbeiterInnen des Forschungsinstituts betreut.

Im Berichtsjahr 2015 wurde in einzelnen Lehrveranstaltungen wiederum ein besonderer Schwerpunkt auf Public Corporate Governance gelegt. Gastvortragende dazu waren MinR Dr. Dietmar Bedenik (Bundeskanzleramt), Dr. Wolfgang Graf (Unternehmensberater), em. Univ.-Prof. Dr. Waldemar Jud (Universität Graz), Dir. Mag. Andreas Mihalits, MBA (Burgenländischer Landesrechnungshof) und Dr. Florian Schulz (Bundeskanzleramt).

Der „Praxisdialog“, das Vortrags- und Diskussionsforum des Forschungsinstituts für Urban Management und Governance und des Instituts für Public Management, wurde wieder in die Lehrtätigkeit integriert, und so konnten im Jahr 2015 verschiedene ExpertInnen zum und aus dem öffentlichen Management begrüßt werden, u.a. Mag. Anna Cordt, Leiterin Organisationsabteilung, Oesterreichische Nationalbank, sowie Mag. Renate Niklas-Dittrt, Leiterin HR, Wiener Linien.

2.4 Veranstaltungen

Im Berichtsjahr war das Forschungsinstitut gemeinsam mit Mag. Wolfgang Müller, MBA (Magistratsdirektor-Stv.), Mag. Ulrike Huemer (CIO der Stadt Wien) und SenR Ing. Dr. Johann Klar (Leiter der MA 14) Gastgeber der Informationsveranstaltung zum IKT-Projektportfoliomanagement der Magistratsdirektion.

Weiters veranstaltete das Forschungsinstitut mit der MA 20 zwei Workshops zur Energie-raumplanung an denen VertreterInnen verschiedener Magistratsabteilungen, BauträgerInnen und ExpertInnen aus Wissenschaft und Praxis teilnahmen.

Im Dezember war das Forschungsinstitut Gastgeber der Abschlusskonferenz zum Projekt SPRINKLE – Smart-City-Governanceprozesse in kleinen und mittleren Städten.

2.5 Vortragstätigkeit, Executive Education und Wissenstransfer

Das Forschungsinstitut stand auch im Berichtszeitraum 2015 als Ansprechpartner der Stadt Wien bei der Weiterentwicklung und Schulung im Rahmen der DienststellenleiterInnen- und Nachwuchsführungskräfteausbildung, der Internen Revision sowie der AufsichtsrätInnen zur Verfügung. Die Detailplanung erfolgte dabei zumeist gemeinsam mit der Verwaltungsakademie der Stadt Wien.

Im Bereich der Executive Education waren WissenschaftlerInnen des Instituts als Vortragende (z.B. an der Wiener Planungsakademie

und der Wiener Verwaltungsakademie, dem Rechnungshof sowie ausgegliederten Rechtsträgern des Bundes) tätig und wirkten am Managementlehrgang für DienststellenleiterInnen der Stadt Wien mit.

Das Institut trug durch eine praxisorientierte Aufbereitung von Forschungsergebnissen (z.B. Bereitstellung von Forschungsberichten) zum Wissenschaftstransfer in die Verwaltungspraxis auch auf Bundesebene sowie im internationalen Austausch bei.

Weiters leisteten die Institutsleiterinnen und MitarbeiterInnen des Forschungsinstituts durch die Tätigkeit in verschiedenen Gremien, ExpertInnenkommissionen und Beiräten einen aktiven Beitrag zum Wissenstransfer in die kommunale Praxis. So ist etwa Univ.-Prof. Dr. Verena Madner im ExpertInnenbeirat der Steuerungsgruppe der Stadt Wien „Smart City Wien“ tätig. Univ.-Prof. Dr. Renate Meyer ist Mitglied im Aufsichtsgremium des Wiener Krankenanstaltenverbundes und im Kuratorium des KDZ, Jurymitglied für den Kommunalwissenschaftlichen Preis der Carl- und Anneliese Goerdeler Stiftung sowie (gemeinsam mit Dr. Stephan Leixnering) im wissenschaftlichen Beirat des außeruniversitären Forschungsinstituts für Public Social Responsibility.

2015 hat sich ein Team des Forschungsinstitutes erfolgreich um eine Projektförderung im Rahmen des hochkompetitiven EU-Programmes „Horizon 2020“ beworben. Das Projekt „PERCEIVE: Regionale Identitäten und Europäische Kohäsion“ ist eine Kooperation

zwischen zwei italienischen, einer schwedischen, rumänischen, polnischen und spanischen sowie einer Universität aus UK. Geplanter Beginn ist das zweite Halbjahr 2016.

Auch im Berichtsjahr fand internationaler Austausch auf unterschiedlichen Ebenen statt: Das Forschungsinstitut ist Partner der europäischen COST-Action „Local Public Sector Reforms: An International Comparison“ (Univ.-Prof. Dr. Renate Meyer), einem europäischen Forschungsnetzwerk mit über 100 WissenschaftlerInnen aus derzeit 27 Ländern. Das konkrete Ziel ist die vergleichende Analyse lokaler Reformmaßnahmen in ausgewählten Bereichen. Dieser (bisher einzigartige) systematische Vergleich soll in weiterer Folge auch Rückschlüsse für eine zukünftige Modernisierung des öffentlichen Sektors erlauben.

Univ.-Prof. Dr. Renate Meyer war im Berichtsjahr zudem Gastprofessorin am DFG-Graduiertenkolleg „Wicked Problems, Contested Administrations: Knowledge, Coordination, Strategy“ der Universität Potsdam.

WissenschaftlerInnen des Forschungsinstituts trugen auch als GastgeberInnen internationalen Austauschs zur internationalen Vernetzung bei. 2015 waren Prof. Caroline Dufour, Ph.D. (School of Public Policy and Administration, York University, Canada), Prof. Dr. Ulf Papenfuß (Juniorprofessur Public Management, Universität Leipzig) und Dr. Dawid Sześciło (Public Administration Research Group, University of Warsaw, Poland) als GastwissenschaftlerInnen am Forschungsinstitut tätig.

Kontakt

Forschungsinstitut für
Urban Management & Governance
WU Wirtschaftsuniversität Wien
Welthandelsplatz 1, 1020 Wien
www.wu.ac.at/urban